

Regine Geraedts

Alle Alarmglocken schrillen

Weniger Ausbildungsplätze, mehr junge Menschen abgehängt und den Betrieben gehen die Fachkräfte aus

In aller Kürze:

- ▶ Arbeits- und Ausbildungsmarkt haben sich weiter auseinanderentwickelt: Die Zahl der Beschäftigten steigt, die der Auszubildenden geht weiter zurück. Es ist deshalb nur noch eine Frage kurzer Zeit, bis die anhaltende Ausbildungskrise in eine Fachkräftekrise umschlägt.
- ▶ Dabei mangelt es nicht an interessierten oder geeigneten Jugendlichen. In verschiedenen Analysen wird gezeigt, dass das Grundproblem im Land Bremen das immer weiter zurückgehende Ausbildungsengagement der Betriebe ist. Dieser Niedergang in einer langen Phase guter Konjunktur stellt die Leistungsfähigkeit des Ausbildungssystems akut infrage.
- ▶ In der Folge wird ein Teil der jungen Generation am Ausbildungsmarkt verdrängt und erreicht keinen Berufsabschluss. Das hat weitreichende soziale Folgen für Bremen und Bremerhaven.
- ▶ Diese besorgniserregenden Entwicklungen verlangen nach einer politischen Antwort. Es werden Vorschläge entwickelt wie eine landesgesetzliche, bei den Arbeitgebern zu erhebende Ausbildungsumlage, eine Infrastruktur zur Unterstützung von Ausbildungsbetrieben und Auszubildenden, die Verbesserung der Rahmenbedingungen in den schulischen Berufsausbildungen durch Schulgeldfreiheit und Ausbildungsvergütungen und schließlich die Neustrukturierung des Übergangssystems.

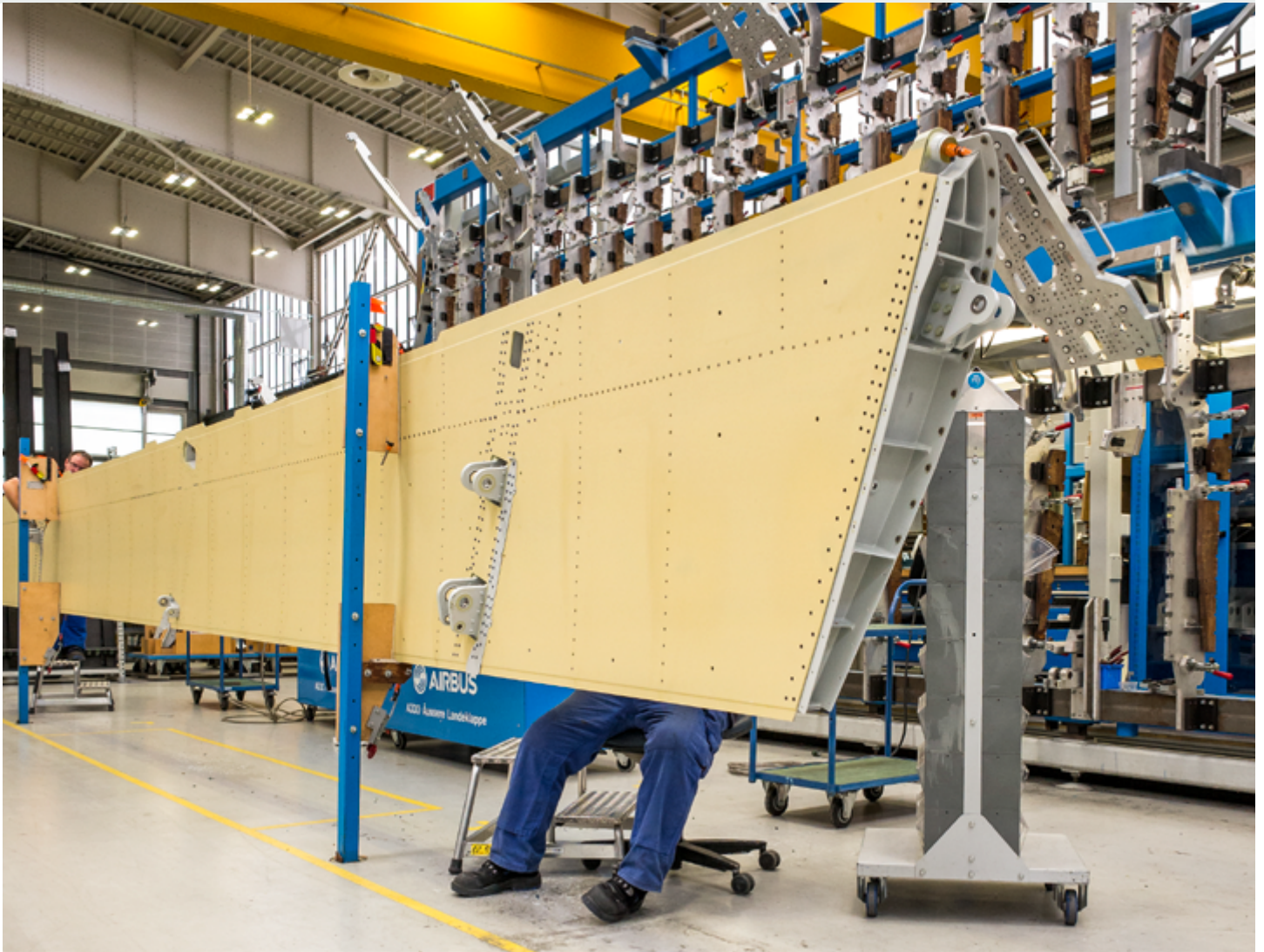
Ausbildungsverträge abgeschlossen als im Vorjahr, die Zahl der Ausbildungsbetriebe ist erneut rückläufig, während die jungen Menschen ohne Berufsabschluss mehr werden.

Woran liegt das? Jedenfalls nicht am oft zitierten demografischen Wandel. Denn die Zahl der Jüngeren geht in den Städten Bremen und Bremerhaven nicht etwa zurück, sondern steigt: Seit 2011 ist die für die Berufsbildung relevante Bevölkerungsgruppe der 15- bis unter 20-Jährigen um knapp sieben Prozent gewachsen. Doch die Zahl der Auszubildenden hat nicht mithalten können.¹ Ein Erklärungsansatz ist die gestiegene Studierneigung, denn immer mehr junge Menschen beenden die Schule mit einem Abiturzeugnis in der Tasche. Dadurch würde, so die Annahme, das Interesse an beruflicher Ausbildung geschmälert, bei der das praktische Lernen im Betrieb im Mittelpunkt steht. Ein Rückgang der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen wäre die Folge. Umgekehrt wird aber auch ein zu geringes Angebot an Lehrstellen zur Erklärung herangezogen. Demnach ist ein Nachlassen des Ausbildungsengagements bei den Betrieben zu beobachten und ein Rückzug aus der Verantwortung, für den eigenen Fachkräftenachwuchs zu sorgen. Eine Analyse der Entwicklungen im Land Bremen soll Klarheit bringen und wichtige Handlungsansätze aufzeigen.

Und täglich grüßt das Murmeltier

➔ Die Bilder wiederholen sich: 2018 war das neunte Wachstumsjahr in Folge, die Konjunktur lief gut, der Bedarf an Arbeitskräften blieb hoch und die Beschäftigtenzahlen sind auf eine neue Rekordhöhe angestiegen. Besonders Fachkräfte mit abgeschlossener Berufsausbildung sind weiter gefragt – aber nicht mehr unbedingt zu kriegen. Und gleichzeitig: Die Arbeitgeber in Bremen haben wieder weniger

¹ Vgl. Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2018b).



Keine Trendwende am Ausbildungsmarkt

Der Ausbildungsmarkt im Land Bremen ist geprägt von Ungleichgewichten. Für einen ersten Eindruck lassen sich die Daten der Agentur für Arbeit zurate ziehen. Denn als ein zentraler Akteur und wichtiger Partner der Jugendberufsagentur führt sie verlässlich Buch über die jungen Menschen und die Betriebe, die sich von ihrer Berufsberatung und ihrer Ausbildungsstellenvermittlung unterstützen lassen. Im Jahr 2018 haben die Arbeitgeber insgesamt 4.856 offene Ausbildungsstellen beim Arbeitgeberservice gemeldet, für die 4.716 Jugendliche ernsthaftes Interesse bekundet haben und von der Berufsberatung auch für geeignet befunden wurden. Das sieht nach einem recht ausgewogenen Verhältnis aus. Doch wie schon im Vorjahr wurde nur rund ein Drittel der jungen Menschen in eine ungeforderte Berufsausbildung vermittelt (34,6 Prozent), weiteren 8,6 Prozent gelang der Ausbildungseinstieg mit einer zusätzlichen Förderung durch die

Agentur. Das heißt umgekehrt: 57 Prozent oder 2.680 geeignete bremische Jugendliche konnten von der Agentur nicht in einen Ausbildungsbetrieb vermittelt werden. Was ist aus ihnen geworden?

Am Stichtag 30. September – also bereits nach dem Beginn des Ausbildungsjahres – suchten beharrlich und mit Unterstützung der Berufsberatung noch immer 892 Jugendliche (19 Prozent) weiter nach dem passenden Ausbildungsplatz. 662 von ihnen hatten übergangsweise eine Alternative für sich gefunden. Für 230 Bewerberinnen und Bewerber ist auch das nicht gelungen: Sie blieben nicht nur ohne Ausbildungsstelle, sondern zudem ohne ein alternatives Angebot. Eine unklare Perspektive hatten weitere 1.192 junge Menschen, die sich bei der Agentur nicht mehr gemeldet haben und über deren Verbleib dort nichts bekannt ist. Insgesamt war also von 1.422 der jungen Menschen unklar, wie es nach dem 30. September für sie weitergegangen ist (30 Prozent). Die übrigen Bewerberinnen und Bewerber haben sich für den weiteren

Schulbesuch, ein Praktikum oder einen Freiwilligendienst entschieden, haben sich einen Job gesucht, sind in eine Maßnahme gegangen oder haben sich arbeitslos gemeldet.²

Ebenfalls am 30. September waren auf der Angebotsseite noch 352 Stellen offen (7,3 Prozent), also deutlich weniger als noch aktiv suchende Jugendliche. Zwar ist der Anteil der bei der Agentur gemeldeten unbesetzten Ausbildungsplätze im Land Bremen im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Dennoch ist er in kaum einem anderen Bundesland so niedrig und zugleich der Anteil der erfolglosen Bewerberinnen und Bewerber so hoch wie in Bremen. Denn das Interesse an den hiesigen Lehrstellen ist groß und nicht alle jungen Leute bewerben sich über die Berufsberatung und erscheinen dadurch in der Geschäftsstatistik der Agentur für Arbeit. Viele begeben sich nach der Schule auf eigene Faust auf die Suche und dies durchaus mit Erfolg. Hinzu kommen Jugendliche aus dem niedersächsischen Umland, die in den Statistiken für das Land Bremen nur dann auftauchen, wenn sie nach einer Bewerbung tatsächlich einen Ausbildungsvertrag abschließen. Fast 8.800 Ausbildungsinteressierte hat das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) im Land Bremen gezählt. Das Institut geht aber davon aus, dass es tatsächlich noch mehr sind, weil nicht alle Suchenden aus Bremen und dem Umland statistisch erfasst werden können.³

Unterm Strich haben die Arbeitgeber in Bremen und in Bremerhaven demnach kaum Probleme, ihre Stellen zu besetzen. Weil ihre Rekrutierungsbasis groß ist, können sie sogar unter den besten Bewerberinnen und Bewerbern auswählen. Dazu zählen offenbar auch viele junge Menschen mit dem Abitur. Das zeigt sich unter anderem daran, dass Auszubildende mit einer Studienberechtigung bei den neu abgeschlossenen Verträgen mit einem Anteil von 35,6 Prozent inzwischen gleichauf liegen mit Realschulabsolventinnen und -absolventen (35,4 Prozent). Das war zehn Jahre vorher noch anders: 2009 lag der Anteil der neuen Auszubildenden mit Realschulabschluss noch bei 42 Prozent,

mit Studienberechtigung bei 31 Prozent. Besonders die Ausbildungsbetriebe im Zuständigkeitsbereich der Handelskammer sind sehr erfolgreich darin, attraktive berufliche Alternativen zum Studium zu bieten (44 Prozent Studienberechtigte bei den Neuverträgen). Junge Menschen mit Hauptschulabschluss spielen in der betrieblichen Ausbildung dagegen nur noch eine untergeordnete Rolle (20,1 Prozent der Neuabschlüsse insgesamt).⁴

Am Ende der Warteschlange

Untersuchungen zum Übergang in berufliche Ausbildung zeigen regelmäßig, dass die Aussichten am Ausbildungsmarkt für junge Menschen mit maximal einem Hauptschulabschluss am ungünstigsten sind. Dabei ist nicht nur der erreichte eigene Schulabschluss von Bedeutung, sondern das gesamte Bildungsgefüge im Bewerberwettbewerb: Wo sich besonders viele Studienberechtigte auf dem Ausbildungsmarkt bewegen, sind die Chancen für alle übrigen Jugendlichen deutlich schlechter – ganz unabhängig von Eignung und „Ausbildungsreife“. Es kommt zu sogenannten Verdrängungseffekten. Die Studienberechtigten verdrängen die jungen Menschen mit einem Realschulabschluss. Die weichen auf andere attraktive Berufe aus, zu denen normalerweise der Zugang mit dem Hauptschulabschluss problemlos möglich ist, oder sie entscheiden sich angesichts der Konkurrenzsituation doch für das Nachholen des (Fach-)Abiturs. Für die Hauptschulabsolventinnen und -absolventen bleiben schließlich nur noch wenige Ausbildungsplätze in einem engen, oft weniger attraktiven Berufespektrum offen.⁵

Dieses Phänomen wird von den Sozialwissenschaftlerinnen gerne mit der Warteschlangentheorie erklärt.⁶ Danach versuchen die Betriebe in ihrem Bestreben, den Aufwand und die Kosten für die Ausbildung möglichst gering und den Nutzen hochzuhalten, anhand bestimmter Signale zu einer Einschätzung über die Passung und Leistungsfähigkeit der Bewerberinnen und Bewerber zu kommen. Eine solche Signalfunktion haben Schulabschlüsse und Zeugnisnoten oder die Ergebnisse von Eignungstests. Die Bewerberinnen und Bewerber werden danach in einer imaginären Warteschlange angeordnet.

² Vgl. Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2018a).

³ Vgl. Matthes u.a. (2018).

Zu den (institutionell erfassten) Ausbildungsinteressierten werden alle jungen Menschen gerechnet, die im jeweiligen Vermittlungsjahr einen neuen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben oder bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) als Ausbildungsstellenbewerberinnen und -bewerber registriert waren.

⁴ Vgl. Vorabmeldung der Bremer Vereinbarung; endgültige Daten des BIBB folgen im Frühjahr 2019.

⁵ Vgl. Beicht/Walden (2018).

⁶ Vgl. Thurow (1978); vgl. auch Thurow (1975).

In der Poleposition stehen diejenigen, die die höchsten Produktivitätswerte verheißen. Wer einen niedrigen Schulabschluss hat, hätte in einem Bewerbfeld mit vielen Studienberechtigten demnach selbst bei sehr guter Eignung kaum Einmündungschancen. In der zugewiesenen Position in der Warteschlange spiegeln sich aber nicht nur solche Leistungseinschätzungen, sondern ebenso subjektive Annahmen, Zuschreibungen und gesellschaftliche Vorurteile wider. Denn auch implizite Signale sind wichtige Einflussgrößen. Dazu gehören beispielsweise Vorstellungen über den sozialen Hintergrund, die Unterstützungsressourcen der Familie oder die potenzielle Anpassungsfähigkeit an die Betriebskultur und schließlich persönliche Merkmale, wie die ethnische Zugehörigkeit oder auch das Geschlecht. Bei bestimmten Gruppen wird durchschnittlich ein höherer Aufwand erwartet, sodass sie hinsichtlich ihrer vermuteten Betriebs-, Lern- und Leistungsfähigkeit im Block weiter hinten in die Schlange eingeordnet werden. Eingestellt werden zuerst immer die aus den vorderen Reihen. Die Warteschlangentheorie geht deshalb davon aus, dass sich individuelle Investitionen in Bildung und Qualifikation lohnen.

Mit diesem Erklärungsansatz lassen sich auch die statistischen Befunde für das Land Bremen schlüssig interpretieren. Über die Jahre ist hier die Gruppe der Studienberechtigten bei den erfolgreichen Bewerbungen am Ausbildungsmarkt deutlich gewachsen. Vielen Abiturientinnen und Abiturienten gehen eben doch nicht an die Universitäten und Hochschulen, sondern halten den direkten Weg in die Unternehmen für die attraktivere Option. Die Expansion von Studienberechtigten am Ausbildungsmarkt hat aber die Situation für Realschulabsolventinnen und -absolventen verschlechtert. Dafür liefert die Geschäftsstatistik der Agentur für Arbeit deutliche Hinweise: Fast jede/jeder fünfte von der Berufsberatung unterstützte Realschulabsolventin beziehungsweise Realschulabsolvent im Land Bremen fand bis zum Schluss keinen Ausbildungsplatz.⁷ Auch der Erste Monitoringbericht der Jugendberufsagentur lässt sich so interpretieren. Demnach strebten 2017 am Ende der Sekundarstufe I 60 Prozent der Schülerinnen und Schüler den höchsten schulischen Abschluss an. Dabei setzte die Hälfte den bereits eingeschlagenen Weg zum Abitur in der gymnasialen Oberstufe fort, weitere zehn Prozent wechselten in andere Bildungsgänge. Ein Teil dieser insgesamt größten Gruppe wird später trotz

Studienberechtigung auf dem Ausbildungsmarkt erscheinen. Die übrigen 40 Prozent haben die allgemeinbildenden Schulen verlassen und sollten idealtypisch direkt in eine Berufsausbildung einmünden. Mit elf Prozent ist aber die Untergruppe am kleinsten, die unmittelbar in eine duale oder schulische Ausbildung übergang. 18 Prozent der Jugendlichen gingen stattdessen in das sogenannte Übergangssystem an den beruflichen Schulen über.⁸

Das Übergangssystem fängt die jungen Menschen auf, die nicht in Ausbildung einmünden und noch schulpflichtig sind oder die an der Konkurrenz am Ausbildungsmarkt scheitern. Im Jahr 2017 begannen im Land Bremen insgesamt 4.052 Jugendliche in einem seiner Bildungsgänge.⁹ Durch die integrierte Ausbildungsberichterstattung lässt sich mehr darüber erfahren, wie sich das Übergangssystem zusammensetzt. Die jüngste statistische Analyse für Bremen liegt für das Jahr 2016 vor. Demnach hatten 70 Prozent der Jugendlichen maximal den Hauptschulabschluss erreicht, knapp 30 Prozent den Realschulabschluss. Jugendliche mit einer Studienberechtigung traten im Übergangssystem hingegen so gut wie gar nicht in Erscheinung. Fast zwei Drittel der Teilnehmenden waren junge Männer. Knapp ein Drittel hatte nicht die deutsche Staatsangehörigkeit, der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund dürfte entsprechend deutlich höher liegen.¹⁰

⁸ Vgl. Senatorin für Kinder und Bildung (2018); eigene Berechnungen. Für den verbleibenden Anteil lagen zum Erhebungszeitpunkt keine Informationen zum weiteren Verbleib vor.

⁹ Die Zahl hat gegenüber den Vorjahren deutlich zugenommen. Ein Hintergrund ist, dass in Bremen wie auch in anderen Bundesländern neu angekommene Jugendliche mit Fluchthintergrund direkt in das Übergangssystem einmündeten. Berufsvorbereitende Bildungsgänge an beruflichen Schulen, die intensive Sprachförderung mit berufsorientierenden und lebensweltlichen Inhalten verknüpfen, bilden bundesweit das quantitativ wichtigste Angebot für diese Gruppe.

¹⁰ Vgl. Statistisches Bundesamt (2018); Statistisches Bundesamt (2017).

⁷ Vgl. Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2018a).

„Doch im vergangenen Jahr war einmal mehr eine Negativentwicklung zu beobachten. Knapp ein Prozent der betrieblichen Ausbildungsplätze ging im Land Bremen verloren.“

All diese Befunde lassen Schlüsse darüber zu, wer im Land Bremen in der Warteschlange hinten steht: Schon der Realschulabschluss sichert nicht mehr unbedingt eine gute Position und Jugendliche mit maximal dem Hauptschulabschluss liegen sehr deutlich zurück. Dabei sind junge Männer weiter hinten einsortiert als junge Frauen. Die Zahlen legen zudem nahe, dass sich ein Migrationshintergrund nicht unbedingt günstig auf die direkten Einmündungschancen in Ausbildung auswirkt.

Es reicht nicht – Ausbildungsplatzlücke bleibt groß

Wenn das Ausbildungsangebot ausreicht, um alle Ausbildungsinteressierten zu versorgen, dann entscheidet die Warteschlangenposition vor allem darüber, wer mit den begehrtesten Betrieben vertrageseinig werden kann und zu welchem Zeitpunkt sich der Bewerbungserfolg einstellt. Wenn aber zu wenige Ausbildungsplätze da sind, dann bleiben am Ende der Warteschlange Jugendliche übrig.

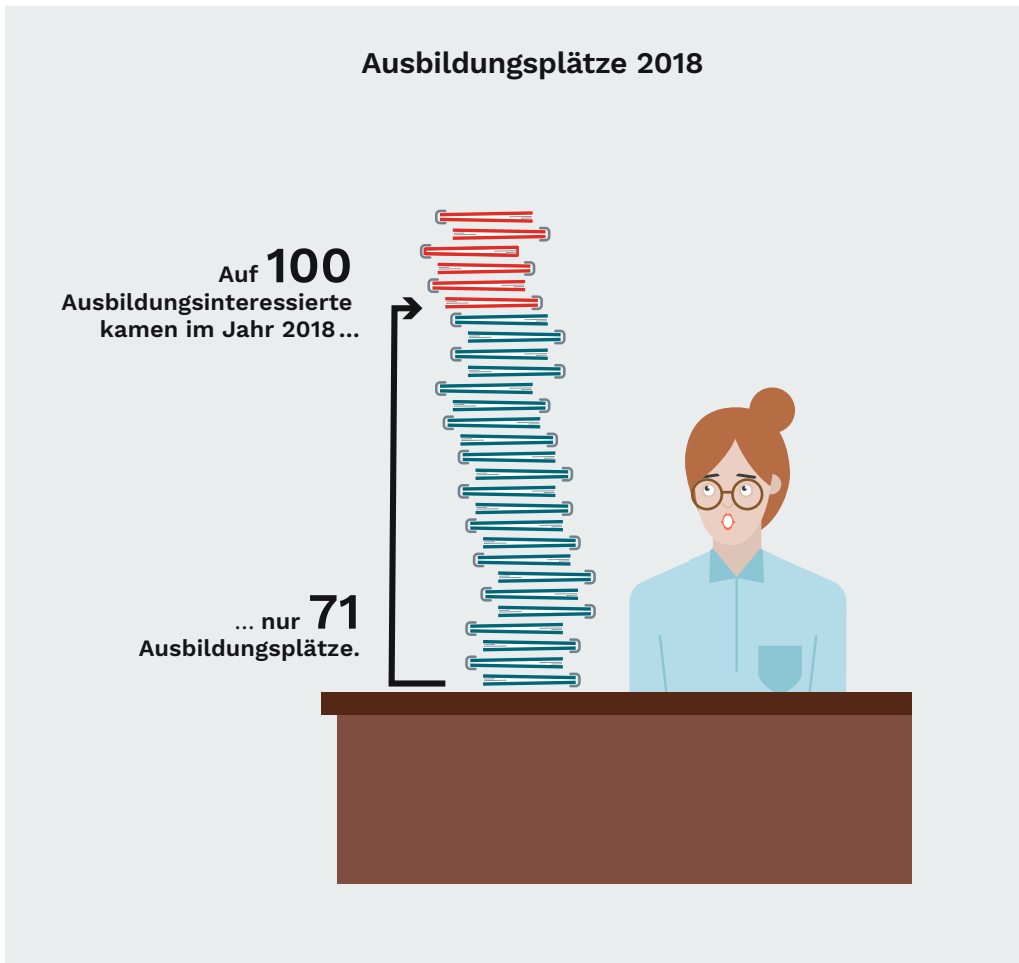
Das ist im Land Bremen Jahr für Jahr der Fall. Denn das Grundproblem am regionalen Ausbildungsmarkt ist nicht die nachlassende Nachfrage, sondern das zu geringe Lehrstellenangebot für zu viele interessierte junge Menschen. Die Berufsbildungsforschung spricht dann von einem Versorgungsproblem. Daran hat auch der im Herbst 2018 erneuerte Ausbildungspakt „Bremer Vereinbarungen“ bis heute nichts ändern können. Dabei verfolgt er in den vielen Jahren seines Bestehens das zentrale Ziel, in den beiden Städten Bremen und Bremerhaven ein wahlfähiges Ausbildungsangebot für junge Menschen zu gewährleisten und für mehr Bewerbungserfolge zu sorgen. Doch im vergangenen Jahr war einmal mehr eine Negativentwicklung zu beobachten. Knapp ein Prozent der betrieblichen Ausbildungsplätze ging im Land Bremen verloren, während bundesweit zum Teil deutliche Zugewinne zu verzeichnen waren (Bund + 1,7 Prozent). Ganz besonders drastisch stellte sich der Einbruch bei der Handelskammer Bremen dar. In ihrem

Zuständigkeitsbereich war ein Minus von 90 Ausbildungsverträgen (-2,2 Prozent) gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Das ist auch deshalb von Bedeutung, weil die Berufe von Industrie und Handel das mit Abstand größte Ausbildungssegment darstellen. Mit dem Rückgang der von ihren Mitgliedsbetrieben abgeschlossenen Ausbildungsverträgen stand die Handelskammer bundesweit allein auf weiter Flur: In allen anderen Bundesländern haben die Zahlen in Industrie und Handel zugenommen, zum Teil erheblich.¹¹

Deutliche Versorgungsprobleme gibt es seit vielen Jahren zum Beispiel in den begehrten Berufen im Einzelhandel und in Büro- und Verwaltungsberufen, im Fahrzeugbau (Luft-Raumfahrt), aber auch im Handwerk ist es hier und da eng (Tischler- und Malerbetriebe). Umgekehrt gibt es aber auch einige Berufe, für die sich weniger Jugendliche interessierten als Lehrstellen angeboten wurden. Dazu zählen Hotel- und Gaststättenberufe, Berufe im Bereich Verkehr und Logistik und im Lebensmittelverkauf (Fleischerei und Bäckerei). Hier bleiben – wenn auch in zahlenmäßig geringem Umfang – angebotene Stellen unbesetzt.¹² Solche sogenannten Besetzungsprobleme bei gleichzeitig vielen suchenden Jugendlichen erklären Expertinnen und Experten damit, dass die Berufswünsche junger Menschen nicht zum Angebot passen. Schließlich ist es nur zu verständlich, dass jemand mit technischer Begeisterung und Begabung seine Zukunft nicht hinter der Fleischtheke sieht. Aber auch die Vorstellungen über die Rahmenbedingungen, die Bezahlung und die Zukunftsperspektiven in einer Branche spielen eine Rolle. Die Gastronomie, das Lebensmittelhandwerk und auch mancher kleine Handwerksbetrieb finden auf diese zu Recht wichtigen Fragen oftmals wenig attraktive Antworten.

11 Vgl. Matthes u.a. (2018).

12 Vgl. Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2018a).



Die regionale Ausbildungslücke exakt zu berechnen ist kompliziert, weil die Statistiken auf Bundesländergrenzen beschränkt sind, vor denen das Marktgeschehen aber nicht haltmacht – mehr als ein Drittel der Auszubildenden pendelt täglich nach Bremen und Bremerhaven ein. Ein ungefähres Bild vermitteln die Daten des BIBB, das eigene Erhebungen mit den Ergebnissen der Geschäftsstatistik der Agentur für Arbeit verknüpft. Demnach kamen auf 100 Ausbildungsinteressierte im Land Bremen nur 71 Ausbildungsstellen. Das BIBB weist aber darauf hin, dass in Einpendelregionen das tatsächliche Missverhältnis größer sein dürfte.¹³

Neben der dualen Ausbildung, in der praktisches Lernen im Betrieb durch Fachunterricht an der Berufsschule ergänzt wird, ist insbesondere für die

Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialberufe traditionell eine schulische Berufsausbildung etabliert. Die Nachteile liegen auf der Hand: Anders als den Azubis im Betrieb wird den Schülerinnen und Schülern oftmals keine Ausbildungsvergütung gezahlt, manchmal müssen sie sogar ein Schulgeld aus eigener Tasche finanzieren. Dabei haben die schulisch ausgebildeten Berufe wegen der großen Nachfrage nach personenbezogenen Dienstleistungen inzwischen stark an Bedeutung gewonnen. Doch mit etwa 1.120 Plätzen im Schulberufssystem ist auch in diesem Bereich gegenüber dem Vorjahr voraussichtlich ein leichtes Minus zu verzeichnen.¹⁴ Dabei sind die Ausbildungskapazitäten längst nicht ausreichend, um den Fachkräftemangel in der Pflege oder der frühkindlichen Bildung zu beheben.

¹⁴ Vorläufige Statistik der Bremer Vereinbarung zum Ausbildungsmarkt 2018. Die endgültigen Zahlen lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

¹³ Vgl. Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2018a).

Die Arbeitslosen von morgen

Auch wenn sich nicht genau beziffern lässt, wie viele Ausbildungsplätze fehlen, ist klar: Es gibt eine empfindliche Lücke und das verursacht tief greifende soziale Probleme im Land Bremen. Die Jugendarbeitslosigkeit lag mit 8,3 Prozent im Dezember 2018 über dem Bundesdurchschnitt (4,7 Prozent). Von den knapp 3.200 registrierten jungen Arbeitslosen unter 25 Jahren hatten 85 Prozent keinen Berufsabschluss. Und das Risiko, es zu bleiben, ist hoch: Die Arbeitslosenquote von Ungelernten in Bremen ist mit 29,4 Prozent mehr als fünfmal so hoch wie die von beruflich Ausgebildeten. Mehr denn je entscheidet der Zugang zu Ausbildung auch über den Zugang zu Arbeit und damit über Zukunftsperspektiven.

Im Ergebnis kommt ein wachsender Teil der jungen Generation in Bremen nicht erfolgreich im beruflichen Bildungssystem an. In keinem anderen Bundesland ist der Bevölkerungsanteil ohne Berufsabschluss unter den 25- bis 34-Jährigen so hoch wie hier und er steigt kontinuierlich. Zuletzt lag er bereits bei 22 Prozent (Bund 14,6 Prozent). Betroffenen ist etwa jeder fünfte junge Mann und beinahe jede vierte junge Frau.¹⁵ Darunter befinden sich viele, die in der Warteschlange für einen Ausbildungsplatz immer ganz hinten standen.

Noch mehr Warnsignale: Leistungsfähigkeit des Ausbildungssystems steht infrage

In Zeiten von Wachstum, hohem Bedarf an Fachkräften und der oft vorgetragenen Klage, sie wären am Markt nicht mehr einfach zu finden, liegt der Schluss nahe, dass die Arbeitgeber sich in ihrer Ausbildungspolitik ganz auf die Fachkräfteproduktion konzentrieren. Dass sie dabei die soziale Integrationsfunktion des Ausbildungssystems vernachlässigen, wäre dann so etwas wie ein Kollateralschaden. Aber auch das trifft nicht zu: Die Entwicklung von Beschäftigung und Ausbildung hat sich auf gefährliche Weise voneinander entkoppelt. Während der Arbeitsmarkt immer neue Rekorde bei den Beschäftigtenzahlen verzeichnet, wird in Betrieben immer weniger ausgebildet.

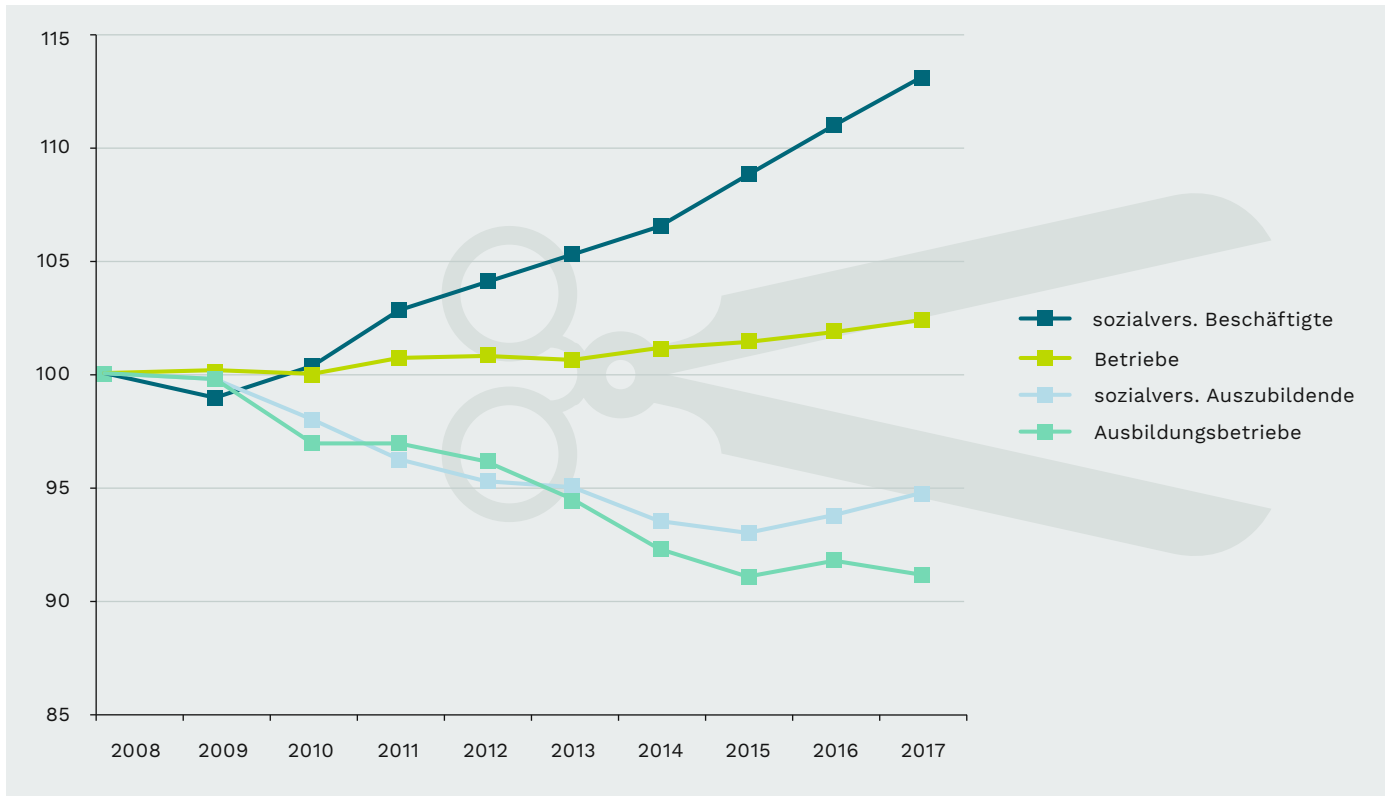
Besonders stark geht die Entwicklung seit der Wirtschaftskrise 2008 auseinander. Im Land Bremen wuchs die Zahl der Beschäftigten nach dem Kriseneinbruch bis 2017 um 13,1 Prozent. Im selben Zeitraum ging die Zahl der Auszubildenden aber um 5,3 Prozent zurück. Das Ausbildungsengagement der Betriebe ist inzwischen auf einem so niedrigen Niveau angelangt, dass Expertinnen und Experten die Leistungsfähigkeit des dualen Systems infrage gestellt sehen. Als Messlatte dafür, ob genug Fachkräftenachwuchs ausgebildet wird, gelten die Ausbildungsquote und die Ausbildungsbetriebsquote. Die Ausbildungsquote ist im Land Bremen inzwischen auf fünf Prozent gesunken – das heißt, auf 100 Beschäftigte kommen nur noch fünf Auszubildende. Die Ausbildungsbetriebsquote hat ein historisches Tief von 22,2 Prozent erreicht: Nur noch gut jeder fünfte Betrieb bildet aus. Diese Zahlen müssten bei der Wirtschaft alle Alarmglocken schrillen lassen. Denn es gilt als sicher, dass dies unter Normalbedingungen nicht für den benötigten Fachkräftebedarf ausreicht. Hinzu kommt, dass bis zum Jahr 2030 die Babyboomer als größte Leistungsträgergruppe aus dem Erwerbsleben ausscheiden und ersetzt werden müssen. Doch es passiert – nichts.

15 Vgl. BIBB (2018).

Abbildung 1:

Die Schere geht gefährlich auseinander

Gegenläufige Entwicklungen am Ausbildungs- und am Arbeitsmarkt, in Prozent



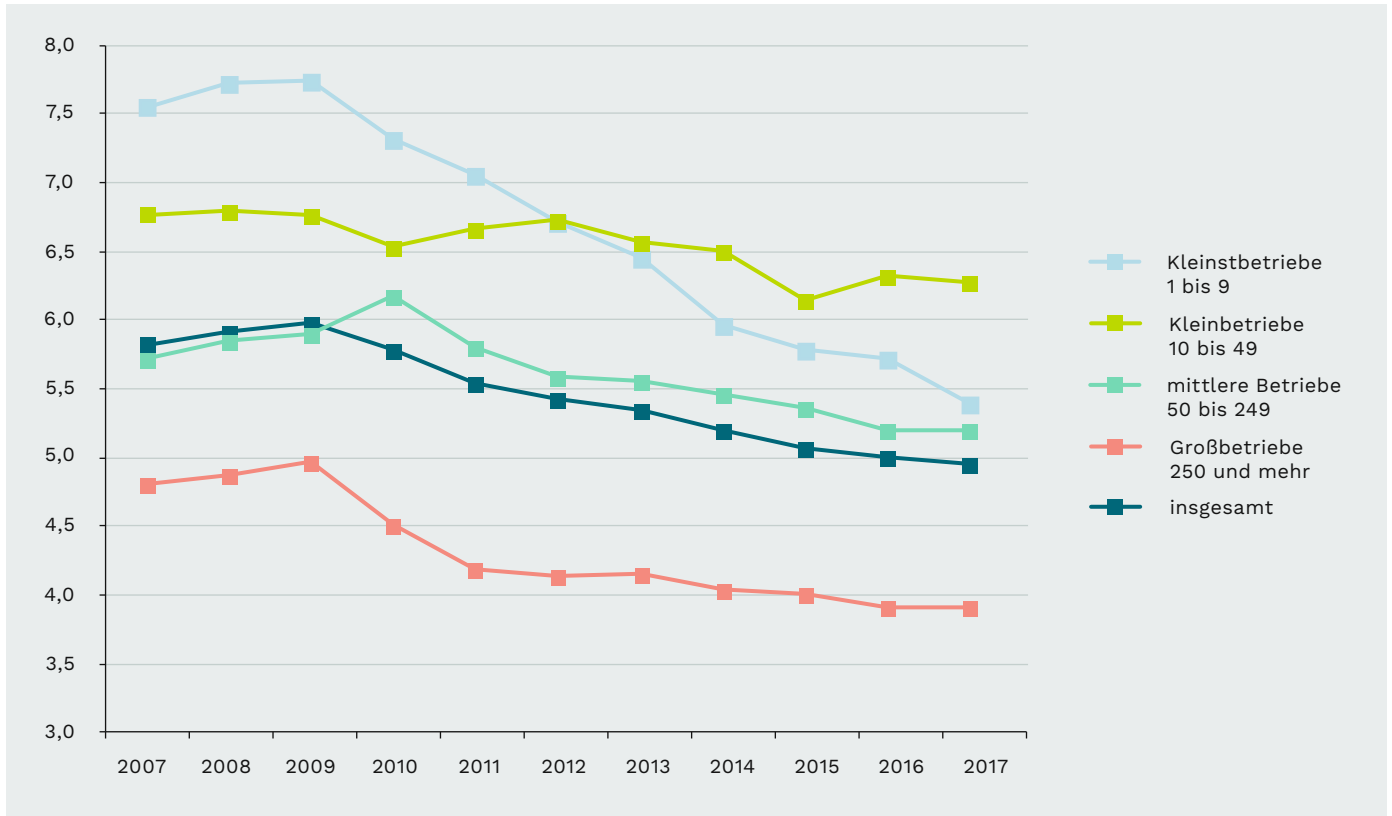
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Sonderauswertung für die Arbeitnehmerkammer; eigene Darstellung

Bei naher Betrachtung zeigt sich der Entkoppelungseffekt über alle Betriebsgrößen hinweg. Abbildung 1 zeigt: Die Unternehmen haben in der Folge der Krise ihr Ausbildungsengagement zwischen 2009 und 2010 zurückgefahren, doch in der darauf folgenden langen Wachstumsphase durch die Bank weg nicht mehr an das vorherige Niveau angeknüpft. Im Gegenteil: Sie haben ihre Ausbildungskapazitäten im Boom sogar noch reduziert. Besonders irritierend ist die Entwicklung bei den Großbetrieben im Land Bremen. Ihre Ausbildungsquote hat inzwischen einen Tiefpunkt von 3,9 Prozent erreicht. Fast ein Drittel der Großbetriebe übernimmt keinerlei Verantwortung für Ausbildung und

Fachkräftesicherung. Das Rückgrat der dualen Ausbildung bilden seit jeher die kleinen und mittleren Unternehmen. Bei ihnen sind insgesamt 70 Prozent der Auszubildenden beschäftigt. Deshalb sind die Entwicklungen in dieser Betriebsgrößenklasse besonders bedeutsam. Doch auch die Mittelbetriebe haben trotz guter Ertragslage immer weniger in Ausbildung investiert. Die Kleinbetriebe bleiben noch am ehesten engagiert. Die Auswertung zeigt deutlich, wo das Potenzial für die Trendwende am Ausbildungsmarkt liegt: Groß- und Mittelbetriebe müssen in die Pflicht genommen und Kleinbetriebe unterstützt werden.

Abbildung 2:**Das Ausbildungsengagement ist dramatisch rückläufig – Großbetriebe zeigen das geringste Engagement**

Rückgang der Ausbildungsquoten nach Betriebsgröße, in Prozent



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Sonderauswertung für die Arbeitnehmerkammer; eigene Darstellung

Gut ausgebildete Fachkräfte sind ein elementares Interesse der Wirtschaft und wesentliche Voraussetzung für ihre künftige Leistungsfähigkeit. Es fragt sich deshalb, inwieweit die Politik nicht eingreifen muss, wenn den Arbeitgebern die Sicherstellung nicht aus eigener Kraft gelingt. Das Bundesverfassungsgericht hat eine gesetzlich "erzwungene Selbsthilfe" in Form einer betrieblichen Umlage für Ausbildung vor vielen Jahren schon einmal befürwortet. Bei der Reform der Pflegeausbildung hat

der Bundesgesetzgeber bereits reagiert: Es wird eine Umlagefinanzierung geben, an der sich alle Arbeitgeber der Pflegebranche beteiligen müssen. Auch das Baugewerbe hat sich für ein Umlagesystem entschieden, das die Investitionen in die Ausbildung des Fachkräftenachwuchses solidarisch auf alle Schultern verteilt. Die Ausbildungsquote der Baubetriebe gibt dem recht: Sie bleibt seit 2007 ohne Einbrüche und sehr konstant. Zuletzt lag sie im Land Bremen bei dem Spitzenwert von 10,1 Prozent.¹⁶

¹⁶ Vgl. Bundesverfassungsgericht (1980).

Vieles ist erreichbar! Was zu tun ist

Berufliche Bildung hat einen doppelten Auftrag: Sie ist eine soziale Integrationskraft, denn für die junge Generation schafft sie die Voraussetzung für den gelingenden Arbeitsmarkteinstieg und für spätere Aufstiegs- und Karrierewege. Die Wirtschaft versorgt sie mit ausreichend Arbeitskräften mit anforderungsgerechten Qualifikationen, die den Erfolg des deutschen Produktionsmodells tragen. Aber das zu Recht hoch gelobte Ausbildungssystem droht in doppelter Weise dysfunktional zu werden. Die wesentlichen Ursachen scheinen auf der Angebotsseite zu liegen, nicht bei der schwindenden Nachfrage. Daraus ergeben sich schwierige Fragen: Wie kann die duale Ausbildung auch künftig die wirtschaftlichen Fachkräftebedarfe decken? Wodurch kann seine Integrationskraft gestärkt werden? Und wie kann die im Schatten des dualen Systems stehende schulische Berufsausbildung mit ihren gesellschaftlich so bedeutsamen Berufsfeldern den Anschluss finden?

Die Entscheidung von Betrieben, auszubilden oder auch nicht, ist eine unternehmerische. Aber das nachhaltig sinkende Ausbildungsengagement der Arbeitgeberschaft verlangt nach politischen Antworten. Weil die betrieblichen Investitionen in Ausbildung nun über die langen Jahre des Aufschwungs zurückgegangen sind, ist eine Beschleunigung der Entwicklung zu befürchten, sobald sich die Konjunktur verschlechtert – zum Schaden von Wirtschaft und Gesellschaft. Bundespolitisch zeichnet sich keine Lösung ab. Die Antworten müssen landespolitisch und vor Ort gefunden werden. Ein in der Vergangenheit bereits gesetzlich ausgearbeitetes, in einzelnen Branchen erfolgreich erprobtes und aktuell auch in Bremen wieder diskutiertes Umlagesystem würde für Verbindlichkeit sorgen, die Kosten für Ausbildungsinvestitionen von kurzfristigen privaten Interessen entkoppeln und auf die Schultern aller Unternehmen verteilen, der Politik branchenspezifische Steuerungsmöglichkeiten an die Hand geben und bedarfsgerechte Finanzmittel für die Ausbildung von Fachkräftenachwuchs zur Verfügung stellen. Eine landesgesetzliche Ausbildungsumlage ist daher eine in der nächsten Legislaturperiode zu prüfende, und bei positivem Ergebnis umzusetzende Option.

„Ein Umlagesystem würde für Verbindlichkeit sorgen, die Kosten für Ausbildungsinvestitionen von kurzfristigen privaten Interessen entkoppeln und auf die Schultern aller Unternehmen verteilen.“

Es sind die kleinen und mittleren Betriebe, die bereit sind, auch Jugendliche mit Real- und Hauptschulabschluss auszubilden, obwohl sie dadurch höheren Aufwand befürchten. Sie verfügen aber im Vergleich zu großen Betrieben über weniger Ressourcen, wie etwa hauptamtliche Ausbilder oder einen betrieblichen Sozialdienst, der zusätzlich unterstützen kann. Die außerbetrieblichen Unterstützungsleistungen sind aber bei Bedarf schwer erreichbar. Denn sie müssen in der Regel bei der Agentur für Arbeit beantragt werden und sind an strikte Bedingungen geknüpft, sodass nur wenige Auszubildende profitieren. Es braucht aber Unterstützungsangebote, die den Auszubildenden frühzeitig zur Seite stehen, wenn es nicht rundläuft – sei es bei der Bewältigung von Lernschwierigkeiten oder Konflikten im Betrieb, bei Problemen in der Berufsschule oder in solchen Umbruchsituationen, wie sie die Lebenswelt junger Erwachsener typischerweise prägen. Als beispielgebend kann die unterstützende Infrastruktur gelten, die für Studierende auf jedem Unicampus frei und jederzeit zugänglich ist. Daran kann sich die Entwicklung eines Unterstützungsangebots für Auszubildende orientieren: Sozialberatung, landeseigene ausbildungsbegleitende Hilfen oder Mediationsangebote wie „Ausbildung – Bleib dran!“, das schon heute bei drohender Lösung des Ausbildungsvertrags vermittelt. Die Präsenz und Bündelung dieser neuen Infrastruktur auf dem Berufsschulcampus ist sinnvoll. Davon würden vor allem die Ausbildungsbetriebe profitieren: Sie blieben bei möglichen Problemen nicht allein und könnten mehr Auszubildende erfolgreich zum Abschluss führen. Möglicherweise würde ein solches Angebot sogar helfen, die Betriebe wieder stärker für solche Gruppen zu öffnen, die heute zu den Marktverlierern gehören.

Es ist bedauerlich, dass bei der 2019 bundespolitisch anstehenden Reform des Berufsbildungsgesetzes die Ausweitung seiner Geltung auf Gesundheits- und Erziehungsberufe gar nicht zur Diskussion steht. Denn das wäre eine Chance gewesen, die historisch bedingten und bis heute wirksamen Benachteiligungen im Schulberufssystem endlich zu beenden. Die künftige Landesregierung muss deshalb Sorge dafür tragen, dass die Platzzahlen in den Schulen deutlich aufgestockt und zugleich die Rahmenbedingungen der schulischen Ausbildungsgänge deutlich verbessert werden. Dazu gehört die Schulgeldfreiheit, das Lernen an zwei Lernorten – der Schule und den Einrichtungen – und damit verknüpft die flächendeckende Einführung von Ausbildungsverträgen und Ausbildungsvergütungen. Als Vorbild kann die praxisintegrierte Erzieherinnen- und Erzieherausbildung gelten, die nun endlich auch in Bremen und Bremerhaven angekommen ist und in jeder Beziehung auszuweiten ist.

Die bisherige Landesregierung hat mit dem Landesprogramm „Ausbildungsgarantie“ ein Instrument auf den Weg gebracht, das angesichts der großen Angebotslücke öffentlich geförderte Ausbildungsplätze im schulischen und auch im dualen Ausbildungssystem zur Verfügung stellt. Das bleibt auch in der kommenden Legislaturperiode eine wichtige kompensatorische Maßnahme im Interesse von Jugendlichen, die trotz Eignung am Markt erfolglos bleiben. Das Programm sollte künftig so profiliert werden, dass die Instrumente einfach und übersichtlich sind und die passenden Jugendlichen auch tatsächlich erreichen. Die möglichst betriebsnah auszugestaltenden Bildungsgänge sollten einen frühzeitigen Übergang in Unternehmen zum Ziel haben und jederzeit ermöglichen.

Investitionen in gute Schulabschlüsse lohnen sich, weil sie die Position in der Warteschlange und die individuellen Voraussetzungen verbessern. Doch gerade jungen Menschen mit dem Hauptschulabschluss bieten sich im Land Bremen nur wenige durchlässige Möglichkeiten, den nächsthöheren Abschluss zu erreichen. Deshalb kommt dem Übergangssystem eine besondere Bedeutung zu. Die Zeit in seinen Bildungsgängen soll zusätzliche Lernzeit sein, nicht Warteschleife. Ziel des Übergangssystems muss eine allgemeinbildende Besser- und Höherqualifizierung werden, sein Herzstück das Nachholen und Verbessern von Abschlüssen. Gerade in diesem Bereich hat das Land Bremen großen Nachholbedarf.¹⁷

Mit der 2015 gegründeten Jugendberufsagentur gibt es ein Instrument, das eine Brücke bauen kann zwischen Schule, Jugendhilfe, Übergangssystem und Ausbildung. Sie kann gerade den Jugendlichen, die den Anschluss zu verlieren drohen, Wege eröffnen und sie bei den einzelnen Schritten begleiten. Die Jugendberufsagentur wird sich daran messen lassen müssen, wie gut ihr das gelingt. Das in ihr liegende Potenzial sollte die Landespolitik systematisch nutzen, um gegen die sozialen Spaltungslinien zu wirken, die mitten durch unsere beiden Städte und durch die hier lebende junge Generation gehen. Denn es besteht ein breites gesellschaftliches Interesse daran, dem drohenden sozialen Ausschluss junger Menschen entgegenzuwirken, der eine schwere Hypothek für die Zukunft unseres Bundeslandes wäre.

17 Vgl. Geraedts (2015).

Literatur

Beicht/Walden (2018): Neue Bildungsexpansion und Verdrängungseffekte in der betrieblichen Ausbildung. In: Sozialer Fortschritt, 67 (2018), S. 141–172.

BIBB [= Bundesinstitut für Berufsbildung] (2018): Tabellen zum Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2018 https://www.bibb.de/dokumente/pdf/datenreport_internettabellen_2018.pdf.

Bundesverfassungsgericht (1980): Urteil vom 10. Dezember 1980 – 2 BvF 3/77 zur Verfassungswidrigkeit des Ausbildungsplatzförderungsgesetzes 1976.

Geraedts, Regine (2015): Weiter keine Entwarnung auf dem Ausbildungsmarkt. In: Arbeitnehmerkammer Bremen (Hrsg.): Bericht zur Lage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Land Bremen, März 2015, S. 62–69.

Matthes/Ulrich/Flemming/Granath/Milde (2018): Deutlich mehr Ausbildungsplatzangebote, jedoch erneut mehr unbesetzte Plätze. Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2018, Hrsg.: BIBB [= Bundesinstitut für Berufsbildung], Dezember 2018.

Senatorin für Kinder und Bildung (2018): Jugendberufsagentur. Erster Monitoringbericht: Ausgangslage Schule, 7.11.2018.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2018a): Bewerber und Berufsausbildungsstellen, September 2018.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2018b): Analytik der Statistik, Analyse des Arbeits- und Ausbildungsstellenmarktes für unter 25-Jährige in Bremen, Dezember 2018.

Statistisches Bundesamt (2017): Integrierte Ausbildungsberichterstattung. Anfänger, Teilnehmer und Absolventen im Ausbildungsgeschehen nach Sektoren/Konten und Ländern, erschienen am 19. Dezember 2017.

Statistisches Bundesamt (2018): Schnellmeldung Integrierte Ausbildungsberichterstattung. Anfänger im Ausbildungsgeschehen nach Sektoren/Konten und Ländern, erschienen am 07.03.2018.

Thurow, Lester C. (1975): Generating Inequality: Mechanisms of Distribution in the U.S. Economy.

Thurow, Lester C. (1978): Die Arbeitskräfteschlange und das Modell des Arbeitsplatzwettbewerbs. In: Sengeberger (1978): Der gespaltene Arbeitsmarkt, S. 117 ff.